



# Bildungspolitik aktuell: Verbundausbildung ermöglicht betriebliche Ausbildung

*Die Richtlinienförderung des Landes Berlin ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt und die Qualität betrieblicher Ausbildungsplätze. Sie unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU), fördert Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen, sichert Verbundausbildungen und stärkt die Ausbildung in Splitterberufen. Ein Wegfall kann Berlins Ausbildungsziele gefährden und den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs beeinträchtigen.*

## **RICHTLINIENFÖRDERUNG - KEIN NICE-TO-HAVE**

Die Förderung der betrieblichen Ausbildung des Landes Berlin, die sogenannte Richtlinienförderung, wurde mit dem Ziel eingeführt, die Anzahl und Qualität betrieblicher Ausbildungsplätze zu erhöhen, benachteiligte Jugendliche zu fördern und die Verbundausbildung auszubauen. Sie gilt derzeit bis Juni 2025 und hat sich als Erfolg erwiesen: Aktuell profitieren rund 500 Unternehmen und 880 Auszubildende von der Förderung. Diese Förderung umfasst Subventionen von bis zu 7.500 Euro pro Auszubildenden bei einer 3 ½-jährigen Ausbildung. Ein Ende, eine Streichung oder Kürzung der Richtlinienförderung wäre ein schwerer Rückschlag für die betriebliche Ausbildung – vor allem in Berlin mit seiner stark KMU-geprägten Wirtschaft. Es gefährdet nicht nur die Ausbildungsqualität, sondern könnte auch zu einem Rückgang an Ausbildungsplätzen führen.

## **IM VERBUND AUSBILDUNGSPLÄTZE SICHERN**

Die Verbundausbildung ist eine der sieben Förderschwerpunkte der Richtlinienförderung. Sie richtet sich an Betriebe, die aufgrund ihrer Struktur oder Größe nicht den gesamten Ausbildungsinhalt abdecken können, oder ihre Ausbildung durch einen Verbund qualitativ verbessern möchten. Durch geeignete Verbundpartner können so neue Ausbildungsbetriebe und -plätze in Berlin entstehen.

## **CHANCEN ERMÖGLICHEN**

Ausbildungsbetriebe haben außerdem die Chance, Förderungen zu beantragen, die speziell darauf ausgerichtet sind, Jugendlichen mit sogenannten Vermittlungshemmnissen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Diese Hemmnisse können beispielsweise in Form eines niedrigeren Schulabschlusses wie der Berufsbildungsreife (BBR) bestehen oder durch andere Herausforderungen, die den Zugang zur Ausbildung erschweren. Dies gilt beispielsweise für weibliche Auszubildende in frauentypischen Berufen, Alleinerziehende mit Kindern unter zwölf Jahren, geflüchtete Jugendli-

che und junge Erwachsene sowie Azubis, die unverschuldet aufgrund von Insolvenzen und Betriebsstilllegungen ihren bisherigen Ausbildungsplatz verloren haben.

## **AUSBILDUNG IN SPLITTERBERUFEN FÖRDERN**

Manche Ausbildungsberufe haben selbst bundesweit nur eine sehr kleine Anzahl von Auszubildenden. Sie werden in länderübergreifenden Fachklassen unterrichtet. Sofern Berlin keinen Berufsschulunterricht sicherstellen kann, müssen die Auszubildenden in einem anderen Bundesland unterrichtet werden – mit entsprechendem Aufwand und Kosten für den Ausbildungsbetrieb. Eine Förderung dieser Ausbildungsunternehmen ist daher angemessen und zeigt, dass Berlin als Schulträger der Berufsschulen Verantwortung übernimmt.

## **AUSBILDUNGSMARKT STÄRKEN STATT SCHWÄCHEN**

Die IHK Berlin spricht sich in der aktuellen Haushaltsdebatte klar gegen Kürzungen aus, die die betriebliche Ausbildung schwächen und den Zielen des Bündnisses für Ausbildung widersprechen würden. Der Koalitionsvertrag sieht bis Ende 2025 2000 neue Ausbildungsverträge vor. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, droht die Einführung einer Ausbildungsumlage. Die Berliner Wirtschaft hat bereits erhebliche Ressourcen für die Erreichung dieses Ziels eingesetzt. Für den gemeinsamen Erfolg müssen jedoch alle Beteiligten ihren Beitrag leisten – Haushaltskürzungen des Senats, die den Erhalt und Ausbau von Ausbildungsplätzen gefährden, stellen das gemeinsame Ziel infrage.

## **LINK**

[Verbundberatung – Duale Berufsausbildung in Berlin](#)

ANSPRECHPARTNERIN 

**Yvonne Meyer**

Telefon: +49 30 31510-547

E-Mail: [yvonne.meyer@berlin.ihk.de](mailto:yvonne.meyer@berlin.ihk.de)